

**Rede**  
**anlässlich des 1. Mai 2010**  
**in Hanau**  
**„Wir gehen vor!**  
**Gute Arbeit – Gerechte Löhne - Starker**  
**Sozialstaat“**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund hat diesen 1. Mai unter das Motto gestellt: „Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne - Starker Sozialstaat“.

Dieses Motto hat seine Berechtigung, da es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die Tag für Tag den Wohlstand in diesem Land erwirtschaften.

Dies scheinen einige in unserem Land vergessen zu haben.

Durch die Wirtschaftskrise haben weltweit mindestens 100 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren.

Sie zahlen die Zeche für die Gier der Zocker und Spekulanten.

Wir stellen heute fest, die Verursacher und ihre Hintermänner in den Bankentürmen, den Ratingagenturen und den Hedgefonds haben nichts gelernt.

Nein, sie agieren genauso schamlos weiter, wie sie dies vor dem September 2008 getan haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich rufe denjenigen in der Politik zu, die der Meinung sind, Banken nicht an die Kette legen zu müssen, der Umverteilung von unten nach oben weiter das Wort reden.

„Es gibt in Deutschland viel zu viele dekadente, reiche Sozialschmarotzer, sie bereichern sich schamlos und diskriminieren die Schwachen, diejenigen, die unter der Krise am meisten zu leiden haben.“

Das ist die Realität in der Bundesrepublik Deutschland und nicht das dumme Geschwätz des Vizebundeskanzlers und Außenministers Westerwelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Krise ist noch nicht vorbei, jetzt kommt es darauf an, dass der Staat den unverschuldet in Not geratenen Menschen hilft,

- Arbeitsplätze sichert
- Unternehmen stabilisiert.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat dringender denn je.

Es sind die Gewerkschaften, gemeinsam mit ihren Betriebsräten und den Vertrauensleuten, die durch ihren

- Einsatz für Kurzarbeit,
- Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung,
- Konjunkturprogramme

und die Abwrackprämie verhindert haben, dass Hunderttausende in der Bundesrepublik Deutschland arbeitslos wurden.

Wir fordern deshalb weiter: keine Entlassung in der Krise, sondern Weiterqualifizierung, die Übernahme aller Auszubildenden sowie eine nachhaltige Unternehmenspolitik gegen atemlosen Shareholder Value.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und wenn wir, wie es Anspruch der Gewerkschaften ist, nicht dümmer, sondern klüger aus der Krise kommen wollen, brauchen wir jetzt Investitionen

- in Forschung und Bildung,
- in öffentliche Infrastruktur,
- in Energie- und Umweltpolitik,
- in soziale Einrichtungen,
- in einen starken Dienstleistungssektor.

Wir haben ein Recht darauf, weil wir nicht vergessen haben, wer in der Krise in die Bresche gesprungen ist. Es waren die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Volkswirtschaften vor dem Untergang gerettet haben. Das ist die Wahrheit in dieser Krise und nicht das, was uns in Talkshows erzählt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Verursacher haben nichts gelernt. Dies zeigt die Tatsache, dass heute extensiver spekuliert wird wie 2008.

Wir sagen: Stopp! Jetzt, müssen die Verursacher für ihre Fehler persönlich einstehen. Sie müssen einen Teil der aufgehäuften Schulden selbst ausgleichen. Sie müssen jetzt zu mehr Beschäftigung, Bildung und sozialer Verantwortung verpflichtet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Internationale Währungsfonds hat es in den letzten Tagen geäußert: was als Finanzkrise begonnen hat, entwickelt sich nunmehr zu einer Staatskrise.

Weil der Steuerzahler eingesprungen ist, um Banken zu retten, sind die öffentlichen Haushalte belastet worden und diese sollen nun die 3%

Verschuldungsgrenze der europäischen Union einhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

So nicht! Die Banken müssen jetzt auch die Kosten für ihr Desaster tragen, durch eine Abgabe und durch eine Finanztransaktionssteuer.

Es kann nicht sein, dass Renterinnen und Rentner, Arbeitslose und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darunter leiden, dass Nieten in Nadelstreifen jahrelang die falschen Finanzprodukte angeboten haben. Es geht nicht, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Gier und Schamlosigkeit bekämpft. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht den Spekulanten.

Wir brauchen also eine neue nachhaltige Form des Wirtschaftens und vor allem mehr Mitbestimmung in den Betrieben und den Verwaltungen.

Deshalb kämpfen wir für gute Arbeit, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge.

Wir wehren uns gegen prekäre Beschäftigung, ob in Form von Niedriglohn, Leiharbeit oder Befristungen.

Wir stehen für gute Arbeitsbedingungen, für faire Löhne, Tarifautonomie, Mitbestimmung und einen starken Kündigungsschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das sind die Voraussetzungen dafür, dass die Realwirtschaft wieder gestärkt wird, dort wo die tatsächlichen Werte geschaffen werden.

Deshalb fordern wir: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, sowie eine Neuregulierung der Leiharbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Leiharbeit muss wieder das werden, was sie einmal war, die Ausnahme von der Regel und nicht umgekehrt.

Und wir fordern Unternehmen wie Schlecker und anderen das Handwerk zu legen, in ihrer Praxis, festangestellte Kolleginnen und Kollegen zu entlassen und über Leiharbeitsfirmen in sogenannten „XL-Märkten“ für 30% weniger Lohn bei Erhöhung der Arbeitszeit wieder zu beschäftigen.

Ich bin froh darüber, dass das Arbeitsgericht in Marburg in der vorvergangenen Woche Schlecker das Handwerk gelegt hat und diese Form von Kündigung und Wiedereinstellung untersagt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt aber auch in der Frauenbeschäftigung. Es kann und darf nicht sein, dass Frauen in der Bundesrepublik Deutschland im Schnitt 23% weniger verdienen bei gleicher Arbeit wie Männer. Dies ist diskriminierend.

Wir fordern aber auch, dass Arbeit sich lohnen muss und man von einem Lohn auch leben kann.

Wer über sein ganzes Berufsleben hinweg im Niedriglohn arbeitet, landet im Alter in der Armutsrente und wird dem Staat nicht nur als Aufstocker während der Berufstätigkeit, sondern im Anschluss auch als Aufstocker in der Rente anheim fallen.

Diese Praxis muss beendet werden.

Wir treten ein gegen Lohnwucher und für einen Mindestlohn. Wir brauchen eine Anstandsgrenze nach unten und ich gehe davon aus, dass diese nach dem DGB-Bundeskongreß nicht mehr bei 7,50 €, sondern bei 8,50 € liegen wird.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist eine Lüge, dass Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet.

England ist ein gutes Beispiel dafür, dass genau dies nicht geschieht und ich spreche der FDP ab, bei der Frage der Einführung von Mindestlöhnen mitzureden.

Wer für Mindestlöhne in Form der Rechtsanwaltsgebührenordnung und der Ärztehonorarverordnung ist, der kann nicht gegen einen Mindestlohn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, Herr Westerwelle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu einem Kampf gegen Niedriglöhne und für Mindestlohn gehört aber auch die Einführung eines hessischen Tariftreuegesetzes.

Dies wurde schon einmal vom Hessischen Landtag im Jahr 2007 verabschiedet und liegt nach dem unsäglichen Ruffert Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2008 auf Eis.

Wir wollen und wir brauchen, auch im Hinblick darauf, dass wir heute in einem Jahr die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union

bekommen, ein Tariftreuegesetz, das diejenigen Handwerker und Unternehmen vor Lohndumping schützt, die Tariflöhne anwenden und Ausbildung betreiben.

Hier ist die hessische Landesregierung gefragt, endlich aktiv zu werden. Wir verlangen, dass bis zum Ende dieses Jahres ein hessisches Tariftreuegesetz umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte das noch einmal etwas genauer untermauern.

Sollten wir ein Tariftreuegesetz am 1. Mai 2011 nicht haben, könnten wir folgende Situation bekommen: Wenn ein Unternehmen mit Sitz in Portugal, Polen oder ganz egal wo in der Europäischen Union, das mit der Gewerkschaft in seinem Herkunftsland einen Tarifvertrag abschließt, der weit unter dem liegt, was in der Bundesrepublik Deutschland verdient wird, sich hier für einen Auftrag bewirbt, darf es von der Vergabe nicht ausgeschlossen werden.

Deshalb brauchen wir, dringender denn je, ein solches Tariftreue- und Vergabegesetz, damit dem Lohndumping Einhalt geboten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen aber auch eine Eindämmung der unfreiwilligen Teilzeitarbeit und der Minijobs. Darunter leiden vor allem Frauen.

Niedrige Löhne = niedrige Rentenerwartung.

Die Ungleichheit der Löhne bei der Frauenbeschäftigung ist ein Skandal, der inzwischen auch durch die Europäische Union festgestellt worden ist. Und er ist nirgends so gravierend wie in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb muss Frauenerwerbstätigkeit aufgewertet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir über Beschäftigung reden, müssen wir aber auch darüber reden, dass Familien, wenn sie sich für Kinder entscheiden, familienfreundliche Arbeitszeiten brauchen und eine Unternehmenskultur, die auf familiäre Bedürfnisse der Beschäftigten Rücksicht nimmt. Dies gilt für die Kinderbetreuung ganz genauso wie für die Pflege von Familienangehörigen.

Dies ist ein entscheidendes Thema, auch im Hinblick auf den demographischen Wandel und wir als Gewerkschaften sind gerne bereit, unsere Ideen und Vorschläge dazu einzubringen.

„Wir brauchen familiengerechte Arbeitsplätze und keine arbeitsgerechten Familien.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der DGB Hessen hat sich in den letzten Jahren immer dafür stark gemacht, dass junge Menschen am Arbeitsmarkt eine Chance bekommen.

Verständnis haben wir nie dafür gehabt, dass Unternehmen wochentags nicht ausbilden und sich ihre Geschäftsführer am Sonntag bei Anne Will über den Fachkräftemangel beschweren.

Das sind Heuchler, die eine Fachkräftekrise in den letzten Jahren selbst verschuldet haben.

Und wir bleiben dabei: wir fordern, dass alle jungen Menschen in Hessen nach dem Ende der schulischen Ausbildung einen Ausbildungsplatz bekommen und wir fordern ein besonderes Augenmerk auf die unversorgten Altbewerberinnen und Altbewerber zu werfen.

Dafür braucht es alle Anstrengungen, den wahren Umgang mit Zahlen und nicht, wie es der hessische Wirtschaftsminister Posch tut, zu behaupten, dass im letzten Jahr 634 Jugendliche unversorgt geblieben sind, demgegenüber aber 1400 freie Ausbildungsplätze stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer wie der hessische Wirtschaftsminister Posch vergisst, die 1400 unversorgten Jugendlichen, die in Optionskommunen betreut werden, hinzuzählen, der kann auch keine richtige Politik machen.

Unser Anspruch ist weiter Ausbildung für alle! Wir fordern darüber hinaus eine Übernahme für alle jungen Menschen in Form eines Kaskadenmodells, d. h.

1. Übernahme im Ausbildungsbetrieb,
2. falls dies nicht möglich ist, sollen sich Unternehmen gegenseitig helfen bei der Übernahme und
3. wenn dies nicht geht, sollte die Übernahme in Kurzarbeit und Weiterqualifizierung erfolgen.

Nur wer jungen Menschen eine tatsächliche Perspektive gibt, kämpft gegen einen Fachkräftemangel, alles andere ist heuchlerisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Betriebsräte, die entweder gerade gewählt wurden oder kurz vor der Wiederwahl bzw. Neuwahl stehen, stehen für eine Politik, die Kontinuität in den Betrieben sicher stellt, sich gegen Entlassungen wendet, für bessere Löhne und Arbeitsplatzsicherheit.

Deshalb sind die Betriebsräte und die Personalräte die tatsächlichen Stars in dieser Krise!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Erschrecken beobachten wir, wie sich die Schere zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik immer weiter öffnet. Hier ist der Sozialstaat gefordert, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Es ist ein Armutszeugnis für die Politik, dass das Bundesverfassungsgericht vorbuchstabieren muss, was Respekt und Achtung der Würde anderer Menschen bedeutet. Die Politik scheint dies aus den Augen verloren zu haben. Hier fordern wir wirkliche, nachhaltige Änderungen, die nicht in einem Gutscheinsystem enden.

Auch Menschen, die unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten, langzeitarbeitslos sind, haben ein Anrecht darauf, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Das heißt, Bildungsgerechtigkeit und Teilnahme im Alltag und nicht Ausgrenzung.

Es kann nicht sein, dass mit Milliardensummen den Banken geholfen wird, Milliardensummen deutscher Steuersünder, den tatsächlich Asozialen in diesem Land, unbehelligt im Ausland verschwinden und die Kinderarmut in unserem Land steigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deshalb brauchen wir keine Überwachungskameras bei Lidl, Deutsche Bahn und wie sie alle heißen, nein, wir brauchen Überwachungskameras an der deutsch-lichtensteiner und deutsch-schweizerischen Grenze, um den wirklichen Schmarotzern in diesem Land, den Steuersündern, das Handwerk zu legen.

Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit ist das Gebot der Stunde. Wer momentan Steuersenkungen das Wort redet, trägt mit dazu bei, dass den Städten und Gemeinden das Wasser abgegraben wird.

Aber die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen. Sie brauchen Schulen, Schwimmbäder und einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr.

Deshalb hat die Steuerentlastung für die Hoteliers nur etwas für die Parteikasse der FDP gebracht, nicht aber für die Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb ist die jetzt geplante weitere Steuerentlastung von 16,5 Milliarden Euro, wie sie die FDP plant, eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Hohe Einkommen sparen bis zu 1560 Euro im Jahr, niedrige Einkommen haben davon so gut wie nichts davon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind auf öffentliche Schulen, Schwimmbäder und Infrastruktur angewiesen, Reiche nicht. Deshalb können sie darauf verzichten. Sie schicken ihre Kinder auf Privatschulen, haben Schwimmbäder in ihren Häusern und Fahrer.

Sie können sich einen schwindsüchtigen Staat leisten, wir nicht!

Deshalb tritt der DGB Hessen-Thüringen für eine Allianz mit den Städten und Gemeinden ein, um gegen diese falsche Politik zu kämpfen.

Deshalb treten wir ein für eine Vermögenssteuer, und für eine Erbschaftssteuer die diesen Namen auch verdient und gegen eine Schuldenbremse.



Wir lehnen auch die vom Land geplante Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches um 400 Millionen Euro ab, weil dies nur zur weiteren Beeinträchtigung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen wird und zu einer Privatisierungswelle. Wir stehen für einen handlungsfähigen Wohlfahrtsstaat, denn wir wissen,

„Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten.“

Wir brauchen heute und in Zukunft Personal in Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Pflegeheimen und Schulen. All dies wird im Moment in Frage gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch ein zweites Umverteilungsinstrument hat die schwarz-gelbe Koalition im Blick.

Die Einführung der Kopfpauschale in der Krankenversicherung führt dazu, dass eine Verkäuferin bei Aldi, genauso viel Krankenversicherungsbeitrag zu zahlen hat, wie Josef Ackermann von der Deutschen Bank. Dann kommt die FDP und versucht dem Menschen weiszumachen, dass es einen Sozialausgleich über das Steuersystem geben soll.

Was die FDP aber verschweigt, ist, dass dieser Sozialausgleich nur dann gezahlt wird, wenn man dazu auch berechtigt ist.

Die Prüfung erfolgt dann ähnlich wie bei Hartz IV. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften, lehnen die Einführung der Kopfpauschale in der Krankenversicherung ab!

Wir wollen, dass Josef Ackermann mehr Krankenversicherungsbeitrag zahlen muss als die Verkäuferin bei Aldi oder der Leiharbeiter in der Vacuumschmelze.

Wir wollen, dass die Arbeitgeber wieder tatsächlich mit 50% an den Krankenversicherungskosten beteiligt werden.

Darum müssen wir streiten, weil diese Regierungskoalition genau das Entgegengesetzte will.

Ihre Regierungskommission erarbeitet hinter verschlossenen Türen ein Konzept, das zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Erwerbslosen und der Rentnerinnen und Rentner ausgehen wird.

Deshalb müssen wir diesen Konflikt, wenn es denn notwendig ist, auch in die Betriebe tragen, damit dieses Vorhaben verhindert wird. Darauf müssen wir uns schon heute einstellen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr müssen wir auch dafür streiten, dass die Rente mit 67 nicht kommt. In diesem Jahr ist der Überprüfungstermin „Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 war, ist und bleibt falsch.“ Alleine hier in Hessen sind 33.000 Menschen über 55 erwerbslos, erhalten keine Chance zu arbeiten.

Ihnen jetzt zu sagen, ihr müsst länger arbeiten, ist kontraproduktiv und führt am Ende dazu, dass es weitere Rentenabschläge gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland muss auf Bildung setzen. Wir Gewerkschaften wissen schon lange, arbeitende Menschen können nur durch Bildung und Freiheit Aufstiegschancen erfahren.

Deshalb hat der DGB sich gegen die Einführung der Studiengebühren gewendet und es am Ende mit vielen anderen gemeinsam geschafft, dass 2008 diese Studiengebühren in Hessen auch parlamentarisch abgeschafft wurden.

Wenn jetzt die hessische Landesregierung im Zuge von Sparmassnahmen ankündigt, den hessischen Hochschulpakt dahingehend zu verändern, dass die Hochschulen weniger Geld erhalten, ist jeder Protest gerechtfertigt.

Wir wollen räumlich, mit Lehrmitteln, aber auch mit Personal gut ausgestattete Hochschulen in Hessen. Deshalb unterstützt der DGB Hessen ausdrücklich die Proteste der Hochschule Marburg und anderer Hochschulen am 11. Mai in Wiesbaden.

Nicht nur bei der Hochschulbildung, sondern auch bei der beruflichen Bildung brauchen wir Investitionen in die Zukunft. Die 400.000 Jugendlichen, die sich in einer Warteschleife befinden, auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz warten, müssen endlich versorgt werden. Wir brauchen in der Bundesrepublik und hier in Hessen eine Bildungsoffensive, die auch ausgestattet mit gutem Personal, unter anderem mit zusätzlichen Sozialarbeitern und wissenschaftlichem Mitarbeitern, dafür sorgt, dass wir optimale Bedingungen in der Schule und in der Lehre haben.

Wir wollen, dass der Bildungserfolg der Kinder nicht vom sozialen Status der Eltern abhängt, sondern alle die gleichen Chancen erhalten.

Gerade Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, egal ob deutsch oder ausländisch, brauchen deshalb einen beitragsfreien Kindergarten, gute Schulen, gute Ausbildungsplätze und später gute Arbeitsplätze. Darum gilt es auch jetzt die Auseinandersetzung zu führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte auf die Debatte eingehen, die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland geführt wird , auch deshalb, weil alleine in den letzten vier Wochen 7 Soldaten in Afghanistan ums Leben kamen und mehrere schwer verletzt wurden.

Meiner Meinung nach hat die Bundeswehr in Afghanistan nichts zu suchen. Deshalb kann es auch nicht darum gehen, ob wir in einem umgangssprachlichen oder in einem tatsächlichen Krieg sind.

Fest steht, wir haben es mit realen Toten zu tun, zwischenzeitlich 43, und dies nicht, weil wir uns, wie es unser Grundgesetz vorschreibt, im Verteidigungsfall befinden.

Deshalb fordere ich, auch mit den Worten der ehemaligen Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann: nichts ist gut in Afghanistan, wir müssen dort raus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss noch eins: auch in diesem Jahr marschieren wieder Rechtsextreme am 1. Mai, um diesen Tag für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Dies ist ein Skandal, weil gerade die Gewerkschaften wissen, was Faschismus für sie bedeutet.

Und wir sind solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Erfurt, in Berlin und über all anderswo in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich heute engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Bürgerinnen und Bürger gegen den Aufmarsch der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen wenden.

Ich bleibe dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Ich fordere das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen.

Der 1. Mai ist und bleibt ein Fest der Solidarität und kein Fest der Neonazis. Deshalb: Kein Fußbreit den Faschisten!

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

Glückauf!